

n der Gemeindeausschuss-Sitzung am 26. Mai 1919, unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Alois Brusatti, forderten Marie Brunner und Genossen u.a. ein festes Gehalt für die Angestellten der städtischen Bäder, die zu dieser Zeit nur auf Trinkgeldeinnahmen angewiesen waren. *Die Lage der Badediener und Badedienerinnen ist eine sehr schlechte. Ich habe die finanzielle Lage geschildert, die Bäderbesucher sind sehr spärlich, sie haben so wenig Geld eingenommen, sie können nicht leben. Ich stelle den Antrag, dass man für jene Zeit, wo das Trinkgeld so gering ist, ein Existenzminimum festsetzt ... Es ist wirklich eine Zwangslage, die verzweifelt ist. Ich bitte, die Sache dringlich zu behandeln.*¹

Weiters brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag ein, *es möge, nachdem seit 15. Mai 1919 der 50%ige Gemeindegeldzuschuss zur staatlichen Arbeitslosen-Unterstützung nicht mehr ausgezahlt wird, der Beschluss auf Weiterbewilligung des 50%igen Zuschusses zur staatlichen Arbeitslosenunterstützung gefasst werden.*² Dieses Thema wurde im Gemeinderat sehr heftig diskutiert, u.a. betonte Gemeinderat Kollmann, die Aufbringung des Zuschusses sei nicht Aufgabe der Gemeinde, sondern *Sache des Staates*. Die Gemeinde verfüge nicht über die Mittel und würde auf den Bankrott zusteuern. Auch die Gemeinderätin brachte ihre Position in die Diskussion mit ein und sprach, wie sie es selbst nannte, im Namen der hungernden Frauen und Kinder. ... *Wenn vom Bankrott die Rede ist, so erinnere ich daran, dass es sich um hunderte Menschen handelt. Die Lebensmittel sind riesig teuer. Was hat die breite Masse der Bevölkerung davon, wenn Lebensmittel hereinkommen und sie kann dieselben nicht kaufen. Da können wir der Unzufriedenheit der Arbeitslosen steuern. Die Gemeinde ist einfach verpflichtet, derselben soviel als möglich zu steuern. Richtig ist es, die Schulden häufen sich an. Die zukünftige Gemeindevertretung muss eben Wirtschaftspolitik betreiben. Man kann aber Familien nicht verhungern lassen. Herr Kollmann steht nur auf dem Rechtsstandpunkte, aber vom Menschlichkeitsstandpunkte muss die Gemeinde für die hungernden Einwohner etwas tun. Die Gemeinde ist einfach verpflichtet, wie es ein Familienvater ist. Es muss die Gemeinde als erweiterte Familie für die hungernden Mitglieder der Gemeinde sorgen.*³

Abschließend sind zur Laufbahn von Marie Brunner noch ein paar Details anzumerken. Blättert man in den Gemeinderatsprotokollen, so sind in der Anfangsphase ihrer Tätigkeit ihr Enthusiasmus und ihr Einsatz für die neue Aufgabe deutlich zu erkennen; sie meldet sich häufig und ausführlich zu Wort, die Sprache ist energisch. Je weiter man sich auf der zeitlichen Geraden nach vorne liest, desto geringer wird die Häufigkeit ihrer Äußerungen. Dafür könnten zwei Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Zum einen konnte sie ihre politische Karriere auch auf der Landesebene ausbauen, denn wie den einleitenden Worten von Bürgermeister Dr. Trenner vom 7. Mai 1919 zu entnehmen ist, begrüßte er die (leider abwesende – Anm.) Gemeinderätin Marie Brunner anlässlich ihrer erfolgten Wahl als Landtagsabgeordnete⁴. Obwohl es im Sinne ihrer Kollegen gewesen wäre, dass sie sich auch weiterhin für die Interessen der Badener einsetzen sollte, wurde sie nur mehr vereinzelt aktiv. Die Annahme liegt hier nahe, dass sie aufgrund der Doppelbelastung nicht mehr in der Lage war, an jeder Gemeinderatssitzung teilzunehmen. Am 11. Juli 1919, nachmittags um vier Uhr, fand im Sitzungssaal des Rathauses die Neuwahl des Bürgermeisters und der geschäftsführenden Gemeinderäte statt. In der Liste der neu gewählten Personen wird Marie Brunner nicht mehr angeführt.⁵ Somit war der Badener Gemeinrat vorerst wieder fest und ganz in männlichen Händen. Auch ihr Ehemann, Ludwig Brunner, blieb der Badener Gemeinde weiterhin treu.

Zum anderen dürfte die private Situation von Marie und Ludwig Brunner keine leichte gewesen sein. Im Jahre 1920 wurden die beiden voneinander geschieden und gingen von nun an auch privat getrennte Wege. Marie zog in die Braitnerstraße Nr. 13⁶ und übersiedelte schließlich nach Wien.⁷ Ihre politische Tätigkeit in Baden erscheint zusammenfassend zwar nur als kurze Episode, sie kann aber als Grundlage, sozusagen als „Aufwärmphase“, für ihre Karriere auf höherer politischer Ebene betrachtet werden.

(September 2012)

Sabine Lorenz

Für den Inhalt verantwortlich: Städtische Sammlungen Baden
Rollett-Museum, Weikersdorferplatz 1, 2500 Baden
Öffnungszeiten: täglich außer Di 15.00-18.00 Uhr
(Gruppen nach Voranmeldung jederzeit)
Stadtarchiv Baden, Elisabethstr. 61, 2500 Baden
Öffnungszeiten: Mo-Mi 9.00-12.00 Uhr
Tel. 02252/48 2 55
e-mail: rollett-museum-stadtarchiv@baden.gv

¹ StAB GB/3f/1, ad Z.4152/I, S. 144.

² StAB GB/3f/1, ad Z. 4150/I, S. 139.

³ StAB GB/3f/1, S. 148.

⁴ StAB GB/3f/1, S. 110.

⁵ StAB GB/3f/1, S. 209.

⁶ StAB, Meldezettelarchiv.

⁷ PfA Baden, St. Stephan, Taufbuch tom. 18, fol. 408: Marie Brunner ist am 29.12.1919 aus der katholischen Kirche, Wien VI, Pfarre Gumpendorf, ausgetreten. Sie starb am 26. 11.1954 in Wien (Standesamt Wien-Mariahilf).

BADENER ZUCKERLN

Aus der Arbeit des Stadtarchivs

Nr. 33 (2. Auflage)

Marie Brunner

Marie Brunner - Badens erste Gemeinderätin

Frauen sind von der politischen Bühne unseres Landes nicht mehr wegzudenken, auch wenn sie zahlenmäßig immer noch weniger stark vertreten sind als ihre männlichen Kollegen. Leider war das nicht immer so. Frauen mussten ihr politisches Mitspracherecht zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hart erkämpfen. Als ihr vorrangiges Ziel galt die Erlangung des Wahlrechts.

Wendet man sich in diesem Zusammenhang dem politischen Geschehen der Stadt Baden im Jahre 1918 zu, so wird es spannend, denn der damalige Gemeinderat hatte bereits ein weibliches Mitglied vorzuweisen, noch bevor das Wahlgesetz in Kraft trat. *Erst mit dem Wahlgesetz 1918: StGBI. 115 (vom 18.12.) waren auch Frauen direkt wahlberechtigt. Am 25.11 (!) zog bereits als erste Frau Marie Brunner als sozialdemokratische Gemeinderätin im Badener Rathaus ein.*⁸

Wer war diese Pionierin und was wissen wir über ihr politisches Wirken? Maria Brunner, geborene Trilety⁹, wuchs in Baden auf und war in erster Ehe mit dem Bäckergehilfen Ludwig Brunner verheiratet, der ebenfalls im Badener Gemeinderat vertreten war. In der Badener Zeitung vom 27. November 1918 finden sich folgende Zeilen: *Herr Ludwig Brunner verzichtete auf die auf ihn erfolgte Wahl zum 6. Gemeinderat, da es der Wunsch der Partei ist, eine Frau in den Gemeinderat zu entsenden, nach der gesetzlichen Vorschrift aber eine nahe Verwandtschaft in dieser Körperschaft nicht statthaft ist, weshalb die Wahl seiner Gattin, Frau Maria Brunner, erfolgte.*

Zum politischen Hintergrund

Im Jahre 1918 wurden alle Gemeindevertretungen neu gebildet und sollten aufgrund der Reichsratswahl von 1911 alle Parteien enthalten. *Damit waren auch die Sozialdemokraten, die bisher nicht im Gemeindeausschuß vertreten waren, aber eine große Partei darstellten, die besonders in diesen ‚Umsturztagen‘ das Handeln an sich gezogen hatte (Franz Alter, Franz Schulz), plötzlich im Badener Gemeindeausschuß.*¹⁰ Als Bürgermeister wurde Dr. Franz Trenner mit 31 von 42 Stimmen wiedergewählt. *Die neuen elf Gemeinderäte (entsprechen den heutigen Stadträten) – von jeder Partei vier – waren: Brusatti, Kollmann, Berka, Leopold Schmidt, Florian, Marie Brunner (Wunsch der Partei, eine Frau in den Gemeinderat zu entsenden), Schabner, Berger, Hilgarth, Alois Weber, Schwarz.*¹¹

Der erste weibliche Gemeinderat in Baden.

(Mit Porträt.)
Wie in Wien gelangten auch in anderen Städten Deutschösterreichs nunmehr die Frauen als Gemeinderäte in die Stadtverwaltungen und die stets forschrittliche Kurstadt Baden bei Wien ging ihren Schwesternstädten in rühmlicher Weise voran. Frau Maria Brunner gehört seit kurzem dem erneuerten Gemeinderat Badens an und wird mit den Stadtvätern ihr Bestes zum Wohle und zur Förderung ihrer Vaterstadt tun, die nach den schweren Prüfungen der Kriegszeit alle Kräfte benötigen wird um die schweren Schäden der jüngsten Vergangenheit zu heilen.



1918

Im Protokoll über die vertrauliche Gemeindeausschuss-Sitzung vom 16. Dezember 1918 unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Franz Trenner wird Marie Brunner erstmals als Gemeinderätin angeführt.¹² Als die wichtigsten politischen Themen ihrer Zeit sind wohl die hohe Arbeitslosigkeit und der Kampf gegen die vorherrschende Armut zu nennen. Da-

⁸ Hnatek, Hildegard. *Liebste Adele, Frauen in Baden 1848 – 1914*, Baden 2002, S. 11.

⁹ PfA Baden, St. Stephan, Taufbuch, tom. 18, fol. 408: Theresia Anna Trilety wurde am 3. Mai 1878 geboren, wohnhaft in der Feldgasse 119 (heute Uetzg. 6), Weikersdorf. Vater: Andreas Trilety, Wagnermeister, geb. aus Baden, Sohn des Jakob Trilety, Wagnermeisters, und der Katharina geborenen Helferstorfer. Mutter: Josefa Trilety, geb. von Trumau, Tochter des Franz Rohatschek, Maschinentischler, und der Johanna geb. Wirthler.

¹⁰ Wallner, Viktor. *Kaiser, Kuren und Kommandos. Baden von 1804-1918*, Baden 1999, S. 170.

¹¹ Fleischmann, Kornelius. *Baden 1918-1948. 30 Jahre im Spiegel der Badener Zeitung*, Baden 1979, S. 15.

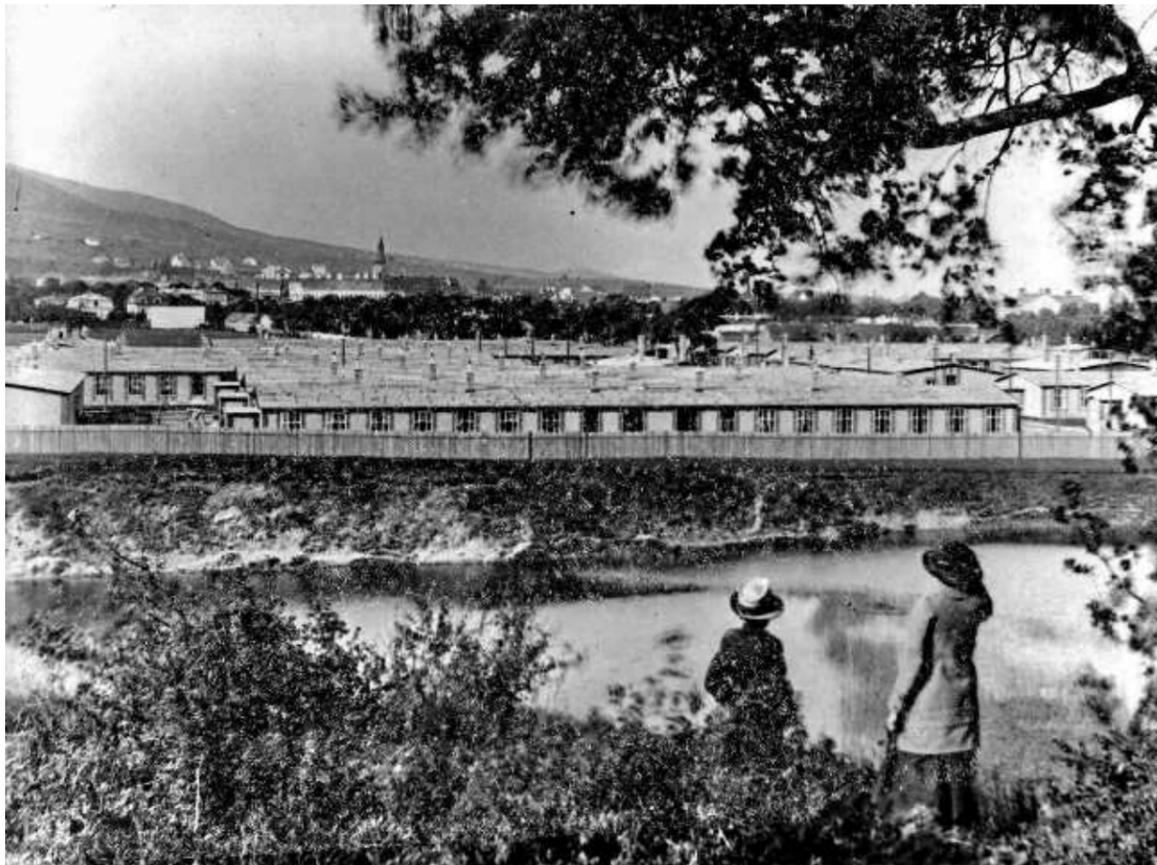
¹² StAB GB/3d/8, S. 325.

her bestand das vordergründige Anliegen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion darin, Arbeitsplätze und ordentliche Unterkünfte für die Not leidende Bevölkerung zu schaffen, um deren Lage zu erleichtern. Die nachfolgenden Auszüge aus den Gemeinderatsprotokollen des Stadtarchivs sollen zumindest einen kleinen Einblick in das politische Wirken von Marie Brunner in den schwierigen Tagen nach dem Ende des ersten Weltkrieges ermöglichen.

Schaffung von Notstandswohnungen

Am 10. März 1919 wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion betreffend Delogierung oder Ausmietung von Familien, Schaffung von Abhilfe durch Notstandswohnungen und Inangriffnahme von Bauten von Kleinwohnungen und Arbeiterhäusern eingebracht und in weiterer Folge angenommen.¹³

Die Gemeinderätin Marie Brunner eröffnete die Debatte mit den Worten: *Die Wohnungsfrage ist für die armen Leute von jeher sehr dringend ... Es ist ja bekannt, dass die Kinder sich selbst überlassen sind und in den Häusern viel ruinieren, sie verlottern und stellen alles mögliche an. Was das Armen- und Waisenhaus anbelangt, so ist die Unterbringung nur momentan möglich, nicht aber auf die Dauer. Es ist notwendig, dass die Stadtgemeinde Baden als großer Kurort vorangeht bezüglich der Kleinwohnungen, Arbeiterhäuser, damit die Familien anständig wohnen können, wie es sich gehört. Denn es gibt Wohnungen, die kaum Wohnungen zu nennen sind. Der Herr Bürgermeister als Arzt wird in der Lage sein, sich ein Urteil über den Gesundheitszustand der zukünftigen Kinder, der Proletarierkinder zu bilden ...*¹⁴



Barackenlager in der Vöslauer Straße, um 1915 – bis in die 1960er-Jahre für Sozialwohnungen genützt!

Wie weiters zu entnehmen ist, hatte die Stadtgemeinde Baden das Asylhaus in der Haidhofstraße 91 gebaut, um ihrer Verpflichtung nachzukommen, Wohnmöglichkeiten für ihre Not leidenden Bürger zu schaffen bzw. für deren notdürftige Unterbringung zu sorgen. Die dadurch geschaffenen Wohnräume reichten jedoch nicht aus, um alle betroffenen Personen unterzubringen. Daher war die Gemeinde aufgefordert nach anderen Lösungen zu suchen. In dieser Angelegenheit wird der Ehemann, Ludwig Brunner, vom Vorsitzenden, Bürgermeister Dr. Trenner, lobend erwähnt: *Ich muss da den Anlass benützen, um dem Herrn Brunner den Dank auszusprechen, der in dieser Beziehung im kurzen Wege etwas erreicht hat. Ich habe schon vorher einer Heimkehrerfrau gesagt, wegen der Wohnung zum Soldatenrate zu gehen, da die ganzen Baracken leer sind. Es ist aber abgelehnt worden. Herr Brunner hat die Aktion übernommen und ich höre, dass heute bereits 6 Parteien draussen wohnen ...*¹⁵

¹³ StAB GB/3f/1, ad Z. 2003/1, S. 27.

¹⁴ StAB GB/3f/1, S. 64f.

¹⁵ StAB GB/3f/1, S. 63.

Der genannte Erfolg erscheint angesichts der vielen Probleme, die zu bewältigen waren, wie der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Schon am 7. April 1919 brachte die sozialdemokratische Gemeindefraktion einen weiteren Dringlichkeitsantrag ein, welcher sich mit dem verwahrlosten Zustand der Baracken des Kriegsspitales befasste, welche unterstandslosen Familien als Notstandswohnungen angewiesen wurden.¹⁶ Frau Marie Brunner schilderte die vorgefundenen Zustände eindringlich: *Ich habe mir die Baracken mit den Wohnungen angesehen. Es sind 34 Parteien mit 139 Personen, darunter Familien mit 5 bis 9 Kinder. Es wird der Dringlichkeitsantrag gestellt, weil bereits Beschwerden gelaufen sind. Ein grosser Teil der Familien ist verlaust. Es sind Notwohnungen. Es wäre Pflicht gewesen, diese Baracken zu untersuchen, ob sie auch bewohnt werden können. Sie sind nicht gereinigt ... Mir war den ganzen Tag übel vom Geruch ... Es muss die Forderung nach sofortiger Remedur gestellt werden, damit nicht fürchterliche Krankheiten entstehen. Es sind nette Leute drinnen, die im Grossen und Ganzen zu bedauern sind. Den netten und reinen Familien dort werden die Möbel verwantzt und verlaust. Die sozialdemokratische Fraktion muss an die Gemeindeverwaltung das Ersuchen stellen, dort draussen Ordnung zu schaffen ...*¹⁷



Barackenwohnung in der Braitnerstraße, Foto 1938

Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeit

Um der arbeitslosen Bevölkerung über die schwere Zeit hinwegzuhelfen, wurde angestrengt nach Arbeitsmöglichkeiten in verschiedenen Bereichen (etwa Straßenarbeit) gesucht. Auch immer mehr Frauen traten damals – freiwillig oder notgedrungen – in die Arbeitswelt ein. Marie Brunner sprach sich daher auch für die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen aus. In diesem Zusammenhang machte sie beispielsweise auf die Reinigung der Schulzimmer und das Putzen der Bäder in den geräumten Schulen aufmerksam, kritisierte aber gleichzeitig die dafür vorgesehene geringe Entlohnung.

*... Bei dieser Beschäftigung kann man aber mit 6 K(ronen) nicht auskommen und es ist wahrscheinlich, dass hier der Unwille zum Ausbruche kommt. Wir alle tragen die Verantwortung, dass allen Menschen, die hier in Baden wohnen, die unsere Mitbürger sind, die Lebensmöglichkeit geboten wird. Wenn die Gemeinde auf dem Standpunkt steht, nicht wie die Kommune Wien eine Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung aus ihren Mitteln vorzunehmen, so erwächst andererseits die Pflicht, für eine ausreichende Arbeitsmöglichkeit aller Arbeitslosen zu sorgen, d. i. auch für die Frauen und Mädchen.*¹⁸ Zur Unterstützung der Badener wurde weiters ein Aufruf an die wohl situierte Bevölkerung erlassen, Geld an Arbeitslose, Heimkehrer und Invaliden zu spenden. *... Wir haben einen Antrag gestellt, dass eine Summe gegeben werden soll ... in der Form einer Spende für diejenigen, die nicht beschäftigt werden können, damit wir über die schwere Zeit hinwegkommen. Diejenigen die mehr besitzen als sie brauchen, haben die Verpflichtung, dass sie von ihrem Einkommen denjenigen eine Unterstützung leisten, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig haben. Auszuhelfen wäre ihre moralische Verpflichtung ...*¹⁹

¹⁶ StAB GB/3f/1, ad Z. 2780/1 1919, S. 97.

¹⁷ StAB GB/3f/1, S. 98f.

¹⁸ StAB GB/3f/1, S. 37f.

¹⁹ StAB GB/3f/1, S. 39.